

Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Beate Müller-Gemmeke von Bündnis 90/Die Grünen.

Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen!

Viele Beschäftigte wollen ihre Arbeit flexibler gestalten. Sie wollen im Homeoffice und mobil arbeiten. In der Realität gehen aber Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander: Mobiles Arbeiten ist immer noch ein Privileg für Wenige, und genau das wollen wir mit unserem Antrag verändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Arbeitgeber zögern, obwohl auch sie davon profitieren können. Wenn sie mobiles Arbeiten ermöglichen, dann werden sie doch auch als Unternehmen attraktiv und können leichter Fachkräfte gewinnen und auch besser halten. Das Potenzial für mobiles Arbeiten ist groß. Es muss endlich genutzt werden, und zwar nicht nur in Zeiten von Corona.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Homeoffice geht natürlich nicht bei allen Tätigkeiten, und auch nicht alle Beschäftigten wollen mobil arbeiten. Aber mindestens 30 Prozent der Beschäftigten wollen mehr Zeitsouveränität. Für sie bedeutet mobiles Arbeiten mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es geht darum, dass Arbeit besser in ihr Leben passt. Dabei geht es um Familie, um Kinder oder Pflege, aber auch um Ehrenamt, politische Arbeit, Weiterbildung oder einfach nur um Freizeit. Wer im Homeoffice arbeitet, hat auch keine langen Fahrzeiten zum betrieblichen Arbeitsplatz. Das ist ökologisch sinnvoll. Außerdem haben die Beschäftigten weniger Stress und dafür mehr Zeit für Erholung. Alles zusammen erhöht die Lebensqualität und Zufriedenheit der Beschäftigten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es an der Zeit, dass die Beschäftigten, die mobil arbeiten können und wollen, mit einem Rechtsanspruch gestärkt werden. Aber natürlich braucht es auch klare Regeln: Homeoffice muss immer freiwillig sein, verbunden mit einem Rückkehrrecht, wenn die Beschäftigten merken, dass für sie die mobile Arbeit nicht das Richtige ist. Homeoffice soll es auch immer nur alternierend geben, als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz. Denn die Beschäftigten dürfen nicht unsichtbar werden, wenn es um Weiterbildung oder Aufstiegsmöglichkeiten geht.

Natürlich gilt auch im Homeoffice das Arbeitszeitgesetz; denn auch jede mobile Arbeitsstunde muss entlohnt werden. Homeoffice darf auch nicht grenzenlos werden. Und deshalb muss auch mobile Arbeitszeit dokumentiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Gleichzeitig wollen wir aber auch die Hürden für die Unternehmen abbauen. Notwendig sind klare und vor allem praktikable Regelungen, beispielsweise beim Arbeitsschutz, gesetzliche Unfallversicherung, Haftungsfragen und Datenschutz. Alle Aspekte im Zusammenhang mit Homeoffice müssen klar geregelt werden. So erhalten die Beschäftigten Schutz und die Unternehmen Sicherheit im Umgang mit Homeoffice und mobilem Arbeiten. Beides ist also notwendig, dann wird mobiles Arbeiten auch attraktiv, und zwar vor allem für die Unternehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch ganz kurz ein paar Worte zum Antrag der AfD. Wir reden heute über mobiles Arbeiten. Die AfD aber arbeitet sich am Telearbeitsplatz und an der Arbeitsstättenverordnung ab.

(Dr. Franziska Brantner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahnsinn! Wie im letzten Jahrhundert!
Telearbeit!)

Sie fragt auch nach Erfahrungen der Bundesverwaltung. Lesen Sie doch einfach mal den Bericht zum Modellversuch Telearbeit, der von 1996 bis 1998 im Wirtschaftsministerium durchgeführt wurde! Die AfD lebt in der Vergangenheit. Wir wollen die Zukunft gestalten, damit von der Digitalisierung eben nicht nur die Unternehmen, sondern vor allem auch die Beschäftigten profitieren. Denn Arbeitszeit ist Lebenszeit.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)